

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Ersteinstufige Einzahlung. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M., Einzelheftpreis die halbe, Wochensatzpreis für Arbeiter, heimliche 75 Pf., Geldkass.- und Privatansprüche: 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stevestor 17, Fernruf 3000-07. Schluss der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 36

Duisburg, den 4. September 1920

21. Jahrgang

Unsere 9. Generalversammlung.

Erster Verhandlungstag.

Da im Anschluß an den Eröffnungs- und Begrüßungsakt am Sonntag die Konstituierung der Generalversammlung und alle sonstigen Vorbereitungen erledigt waren, konnte am Montag sofort in die Tagesordnung eingetreten werden. Zu dem in 500 Druckseiten vorliegenden Geschäftsbericht des Vorstandes gab unser Verbandsvorsitzender, Kollege Wieber, in großzügig angelegtem Referate die Erläuterung. Er wies zunächst einen

Rückblick auf die Geschichte des Verbandes

seht sein: Gründung, die am 15. 10. 1899 mit 150 Mitgl. erfolgte. Heute zählt der Verband 221 000 Mitglieder. Sechs Jahre lang wurden die Geschäfte des Verbandes in dem kleinen Stübchen meiner Wohnung in der Heeresstraße in Duisburg geführt. Heute erweist sich bereits unser stattliches Verbandshaus als zu klein. Aus eigener Kraft haben wir uns zu der achtunggebietenden Stärke emporgearbeitet. Wir Metallarbeiter haben von jeher den Stolz besessen, nicht anderen zur Last zu fallen und uns durch eigene Kraft emporzuarbeiten. Deshalb mußte jede nicht absolut notwendige Ausgabe vermieden werden. Das ist vielleicht ein Grund mit dafür, daß bei uns Metallarbeitern stets ein einfacher, im guten Sinne konservativer Geist geherrscht hat. Wir sind deshalb keine Gegner eines gesunden Fortschritts, aber wir haben es abgelehnt, alles unbesehen hinzunehmen, was in der Hurra Stimmung des Augenblicks als Neuheit und Fortschritt angepriesen wurde. Wir haben dem Grundsatz gehuldigt: Prüfet alles und behaltet das Beste!

Unser Aufstieg war langsam und mühevoll. Druck und Maßregelung setzte sofort von allen Seiten ein und wirkten lähmend auf die Anfänge der Entwicklung unserer Bewegung. Dazu kam der Kampf der Sozialdemokratie gegen uns, der ebenfalls von allen Seiten einwirkte. Als unser Verband mit 150 Mitgliedern ins Leben trat, zählte der sozialdemokratische Verband schon 100 000 Mitglieder; dazu kamen noch ein halbes Duzend und mehr sozialdemokratische Fachverbände der Formier-, Schmiede-, Werkzeugarbeiter usw., die der sozialdemokratische Metallarbeiterverband inzwischen totgeschreckt und aufgelöst hat. Wir mußten deshalb mit doppelter Vorsicht arbeiten, um nicht ebenfalls erdrückt zu werden. Allen, die damals opferwillig nach ihrer schweren Tagesarbeit mitgearbeitet haben, sei hiermit noch besonders unser Dank ausgesprochen.

Ueber die Entwicklung der Mitgliederzahlen des Verbandes sei folgendes kurz in Erinnerung gebracht: Am 15. Oktober 1899: 150, 1. Januar 1900: 930, 1. Januar 1905: 9317, 1. Januar 1910: 24 002, 1. Januar 1914: 43 302. Im Kriege fiel die Mitgliederzahl bis zum 1. Januar 1916 auf 16 017. Zum Heeresdienst waren eingezogen 33 618; davon sind gefallen gemeldet 2360. Diese Zahl ist aber bestimmt viel größer. Eine große Anzahl ist zweifellos nicht gemeldet worden.

Das Andenken dieser Helden, die fürs Vaterland ihr Leben gelassen haben, soll bei uns stets in Ehren gehalten werden. (Die Versammlung erhebt sich von ihren Sitzen.)

Bei unserer letzten Generalversammlung zählte der Verband 62 000 Mitglieder. 15 618 haben sich vom Heere wieder bei uns angemeldet. Die Revolution brachte der Gewerkschaftsbewegung einen gewaltigen Zulauf. Am 1. Januar 1920 betrug die Mitgliederzahl 210 000.

Seit unserer letzten Generalversammlung haben sich zwei verhängnisvolle Ereignisse abgespielt, die ich schon bei der Eröffnung gestreift habe, die politisch, wie völkisch und wirtschaftlich Deutschland in seinen Grundfesten erschütterten. Es sind der verlorene Krieg und die Revolution, welche die größte staatliche Umwälzung zur Folge hatten.

Der unglückselige Ausgang des Krieges hat politischen, wirtschaftlichen und nationalen Niedergang zur Folge gehabt und die Revolution hat ihn zur Vollendung gebracht. Die Monarchie ist hinweggefegt worden und die republikanische Staatsform an ihre Stelle getreten. Ob letztere besser zu regieren versteht, das soll sich wohl bei ihr fühlen, muß erst durch die Zukunft bewiesen werden. Bis jetzt hat es nicht den Anschein, als ob das der Fall wäre. Eine große Enttäuschung besonders bei den sozialdemokratischen Massen ist heute schon eingetreten, wie der Zulauf zu den Spartakisten und Kommunisten beweist.

Wir Christlichen Arbeiter haben keine Revolution gewollt und keine gemacht. Nachdem sie ausgebrochen war, haben unsere Kollegen an vielen Orten tätig mit eingegriffen, um Schlimmeres zu verhüten und ordnungsmäßige Zustände zu schaffen. Bedauerlich bleibt es, daß in jenen Tagen des Umsturzes Regierung, Behörden und Bürgertum taten- und hilflos der Bewegung gegenüberstanden.

Die Christlich-nationale Arbeiterbewegung stand mit Ueberzeugung auf dem Boden der monarchischen Staatsform. Das war in ihrem Programm ausgedrückt. Was wir in den großen Republiken Frankreich und Amerika sahen, die mangelhafte Fürsorge für die arbeitenden Klassen, konnte uns für die republikanische Staatsform nicht begeistern. Wir verglichen die soziale Reformarbeit in dem monarchischen Deutschland mit den genannten Republiken und fanden, daß die deutsche Sozialreform unter allen Staaten an der Spitze stand und vorbildlich war. Aus dieser Gesinnung heraus, haben wir auf unserer letzten Generalversammlung ein Telegramm an den Kaiser abgesandt.

Die Revolution ist gekommen und wir haben uns mit den fertigen Tatsachen abgefunden. Sie war nicht allein als staatliche, Verfassungs- und Regierungsform-Umwälzung gedacht, sondern als soziale Revolution. Sie sollte die Einführung des paradiesischen Zukunftsstaates sein. Die eigentlichen Revolutionsmacher waren zum Teil russische Agenten, deren erstrebtes Ziel, die Diktatur, nicht Herrschaft der Massen, sondern Herrschaft einiger Diktatoren bedeutet. Davor schreckten auch die gemäßigten Sozialisten zurück.

Die Wahlen zur Nationalversammlung zeigten, daß die Mehrheit des Volkes nicht hinter den Umstürzern stand. Bürgerliche Parteien mußten in die Regierung eintreten, um das Staatsschiff wieder flott zu machen und dem Reiche wieder eine Verfassung zu geben. Die in diesem Jahre getätigten Reichstagswahlen haben vollends den politischen Bankrott der Sozialdemokratie gebracht, so daß sie nicht einmal mehr in der Regierung tätig ist. Ob noch neue Erschütterungen kommen, steht dahin.

Das eine steht fest: In der Zukunft werden viel mehr Arbeiter in öffentlichen Ämtern tätig sein müssen, wie in der Vergangenheit. Die Wirtschaft und damit auch das Arbeiterinteresse wird in Zukunft mehr von den staatlichen Organen beeinflusst werden. Das erfordert unsererseits mehr Mitarbeit, als früher in dem freien Wirtschaftssystem. Im Anschluß daran möchte ich einen Gegenstand berühren, der das Parteiinteresse betrifft. Im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der christl. Arbeiterbewegung muß ich davor warnen, eine besondere christl. Arbeiterpartei zu gründen. Alle vernünftigen Erwägungen sprechen dagegen. Das diesbezügliche Vorgehen einiger Kollegen muß ich entschieden verurteilen. Ueber unsere politischen Verhältnisse wäre noch manches zu sagen, doch wir sind eine gewerkschaftliche, keine politische Körperschaft. Was auf parteipolitischem Gebiete zu ändern ist, müssen wir den politischen Faktoren überlassen.

Nun einiges über unser

Wirtschaftsleben.

Vier Jahre lang hat die Welt fast nur für den Krieg und die Zerstörung gearbeitet. Gebrauchsgüter-Produktion trat in den Hintergrund. Es ist demnach ein großer Mangel an diesen Produkten vorhanden. In Deutschland hat besonders noch die Revolution und der schematische Achtstundentag, sowie die fortwährenden Streiks dazu beigetragen, daß die Produktion, statt mit einer Hochkonjunktur einzusetzen, bedeutend zurückging und dadurch verteuert wurde. Dazu kommt die große Wundervorganglichkeit unseres Geldes, so daß wir sowohl Lebensmittel, wie Rohstoffe, die wir einführen, zu ungeheuerlichen Preisen erstehen mußten. Die Einkommensverhältnisse der breiten Massen standen trotz Lohn-erhöhung nicht im Einklang mit den hohen Preisen. Während die Löhne durchschnittlich um das sechs- bis achtfache gestiegen sind, ist ein großer Teil der Gebrauchsgüter um das fünfzehn- bis zwanzigfache, ja teilweise um das dreißigfache und mehr, gestiegen.

Das Einkommen der breiten Masse wird fast vollständig vom Lebensmitteleinkauf verschlungen, an Anschaffung sonstiger, ebenso notwendiger Gebrauchsgüter, ist nicht zu denken. So findet die Industrie keinen Absatz.

Die Läden sind wohl angefüllt, aber es finden sich zu wenige, die die Waren zu kaufen in der Lage sind.

Dazu kommt der Mangel an Kohlen, an Rohmaterial für die weiterverarbeitende Industrie, die Anlagen können nicht voll ausgenutzt werden, was wieder verteuert auf die Produktion einwirkt.

Auf dem Weltmarkt sind wir nicht mehr konkurrenzfähig. Von Amerika sind Maschinen angeboten worden, die trotz des Ueberseetransportes 15 bis 20 Prozent billiger sind, als die deutschen Angebote. Nur durch bessere Ausnutzung der Betriebe, sowie durch erhöhte Arbeitsleistung wird eine Verbilligung der Produktion und damit größere Konkurrenzfähigkeit möglich sein.

Die Urproduktion an Kohle und Eisen ist bedeutend zurückgegangen. Während vor dem Kriege 190 Millionen Tonnen Steinkohlen gefördert wurden, sind es jetzt höchstens 115 bis 120 Millionen. Davon müssen wir 24 Millionen Tonnen an unsere Feinde abliefern. Die Eisenproduktion ist von 19 Millionen Tonnen auf 7 Millionen Tonnen zurückgegangen. Die Zahl der Arbeiter in der Hütten- und Walzwerke ist gegen das Jahr 1913 noch um einige Tausende gesunken. Noch in einem halben Jahre werden die Erzeugnisse um das achtzigfache, die Arbeiter um das hundertfache gegenüber dem Jahre 1913 zurückgegangen.

Die Steigerung der Kohlen- und Eisenpreise dort, eine gewaltige Auswirkung auf die weiterverarbeitende Industrie, vor allem auf das Baugewerbe, das im Frieden ein starker Eisenabnehmer war. Den in den letzten Wochen gefallen Eisenpreisen kommen hoffentlich die anderen Industrien nach. Geradezu trostlos liegt

das Baugewerbe

darnieder. Trotz des unerträglichen Wohnungsmangels ist der Wohnungsbau unmöglich. Arbeiterhäuschen, die vor dem Kriege 7000 bis 8000 Mark kosteten, sind heute nicht unter 75 bis 80 000 Mark herzustellen. Dabei sind wir bei Rohmaterial nicht auf das Ausland angewiesen. Lehm für Ziegel ist genug vorhanden, Kalk und Zement in Halle und Fülle, aber — es fehlt an Kohlen. Im Frühjahr 1919 konnten von 18 000 Ziegeleien wegen Kohlenmangel nur 200 in Betrieb gesetzt werden. Wir stehen vor der Tatsache, daß deshalb, weil auf der einen Seite zu wenig produziert wird, auf der anderen Seite große Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird.

Mit der

Landwirtschaft

steht es ebenso. Wegen Mangels an Stickstoff sind die Erträge um 40 Prozent zurückgegangen. Wegen Kohlenmangels können die Stickstoffwerke ihre Betriebe nicht voll ausnützen. Der Rückgang der Erträge äußert sich weiter in einer enormen Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte. Das erschwert die Lebenshaltung der Massen und wirkt ungünstig auf die Absatzmöglichkeit der Industrieerzeugnisse. Ich sehe die Möglichkeit einer Besserung nur darin, daß ein energischer

Abbau der Preise

ohne Unterschied erfolgt, dem dann später ein Abbau der Löhne und Gehälter folgen muß.

Nun noch ein Wort zum

schematischen Achtstundentag.

Wir waren die ersten, die für den Achtstundentag in der schweren Industrie eingetreten sind, aber wir können nicht einsehen, daß dieses für alle schematisch gleich sein muß, und da spreche ich aus, was ich schon früher ausgesprochen habe, und was mir vielleicht verübelt worden ist. Wir können den schematischen Achtstundentag bei der traurigen Lage unseres Vaterlandes kaum ertragen, denn all die Hunderttausende, die heute, sagen wir einmal, im gewissen Sinne nur Anwesenheitsgelder bekommen, müssen durch die andern erhalten werden, für die müssen die Schwerarbeiter durch ihre Arbeit eintreten. Ist das vielleicht Recht? Ist das ein Ausgleich? Der Feuer- und Hüttenarbeiter steht von des morgens bis zur Beendigung der Schicht vor der Gluthitze des Ofens, auf der anderen Seite steht ein irgend jemand, nun, der hütet die Tür, oder er dreht auch alle drei bis vier Stunden

Die Eisenbahnbarriere zu. Wer das als Recht ansieht, der kann ein Sozialist sein, aber vom christlichen Standpunkte aus ist das kein Recht. Da wird das scheinbare Recht zum grellenden Unrecht und gerade die Arbeiter, auch die, die bis zum Schluß an der tausenden Maschine stehen, haben ein großes Interesse daran, daß mit diesem Erlaß, den damals die sogenannten „Vollstabeauftragten“ angereizt haben, sobald wie möglich aufgehoben wird. Diese Erkenntnis wird auch in allen Arbeiterkreisen früher oder später ganz von selbst kommen.

Einige Worte möchte ich einfügen über die Arbeiter- und Betriebsräte und die Arbeiter-Gemeinschaft.

Schon auf dem Frankfurter Kongress haben wir die Forderung nach Arbeiterausschüssen und Arbeitskammern erhoben. Die Arbeiter- und Betriebsräte sind an ihre Stelle getreten. Sie sollen jetzt als revolutionärendes Element zur Aufrechterhaltung der Rätepolitik benutzt werden. Dagegen wenden wir uns mit aller Entschiedenheit.

Daß die Großindustrie sich zur Arbeiter-Gemeinschaft bereit gefunden hat, zeigt, daß auch sie gelernt hat. Zur Frage der

Sozialisierung

sehen wir auf dem Standpunkte, daß jedes Wirtschaftssystem seine Licht- und seine Schattenseiten hat. Dem Kampf dem Industrialismus und dem Kapitalismus können wir nicht vorbehaltslos beistimmen.

Wohl keine Periode hat auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifbewegung

soviel Arbeit erfordert, wie die letzten zwei Jahre. Nicht weniger als 2751 Lohnbewegungen mußten geführt werden. Wer da weiß, wie viele Versammlungen, Beratungen und Verhandlungen jede einzelne Bewegung zur Folge hat, der wird auch die geleistete Arbeit richtig einschätzen. In diesen Bewegungen war im Durchschnitt jedes Mitglied zwei- bis dreimal beteiligt.

Die erreichte Mehrlohnsumme beträgt 450 Millionen Mark. Ueber das Mißverhältnis der gestiegenen Löhne zu den Verbandsbeiträgen wird noch ein Wort zu reden sein. 526 Tarifabschlüsse wurden getätigt. Auch die Großindustrie, die sich jahrzehntelang gesträubt hat, ist jetzt bereit, Tarife abzuschließen.

Streiks waren 26 000 Mitglieder beteiligt. Diese sind durch parteiliche Elemente hervorgerufen und mehr aus politischen als wirtschaftlichen Gründen entstanden. Unsere Kollegen waren überall in Minderheit und haben aus Zwang, nicht gewollt, acht.

Wir müssen mit aller Energie die wilden Ausschreitungen zu verhindern suchen und dürfen keine Kompromisse mitmachen. Die Bewegung im Saargebiet und vielen anderen Orten zeigen uns die verhängnisvollen Folgen unüberlegter Handlungen.

In der Mitgliederbewegung

Alle der ungeheuer starke Mitgliederwechsel auf. 281 000 Aufnahmen stehen 134 000 Austritte und 147 000 Zunahme gegenüber. Es verblieben also nur 56 Prozent. Die stärkste Zunahme hatte der III. Bezirk mit 55 000 und der I. Bezirk mit 43 000.

Eine Hauptursache des starken Wechsels liegt m. E. darin, daß es den Ausgetretenen zu leicht gemacht wird, wieder einzutreten und schnell wieder Unterstützungsansprüche zu erlangen. Durch schärfere Bestimmungen und Vereinbarungen zwischen den Organisationen würde hier größere Stabilität erzielt werden können. Im Unterstützungsweesen, auch bei Streiks, sollte mehr auf die Dauer der Mitgliedschaft Rücksicht genommen werden. Daß z. B. bei Streiks ein Mann, der eben 20 Wochen Mitglied ist, sofort Unterstützung haben soll, oder je nach Familienverhältnissen noch mehr, wie ein anderer, der 20 und mehr Jahre dem Verbands angehört, ist keine Solidarität mehr, sondern Ausbeutung des einen Arbeiters durch den anderen.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 6600 auf 18 500, die Lehrlingsklasse von 6900 auf 30 000. Wenn die Zukunft der Jugend gehört, dürfte unser Verband gesichert dastehen. Ueber das

Finanzwesen

wird Kollege Herzog berichten. Ich will nur einige allgemeine Bemerkungen anfügen. Die letzte Generalversammlung hatte den Vorstand unter Hinzuziehung des Ausschusses ermächtigt, eine Änderung des Beitrags- und Unterstützungsweesens vorzunehmen. Die überstürzte Forderung und die Lohnverhältnisse haben selbstverständlich auch ihre Rückwirkung auf den Verband ausgeübt. Allein das Verbandsorgan kostet jetzt mit Porto, Verpackung usw. über 2 Millionen Mark. Wir haben trotzdem mit der Beitragserhöhung solange zurückgehalten, bis die Lage unhaltbar geworden war. Erst im November vorigen Jahres haben wir eine Erhöhung von 80 Pf. auf 1,20 M. in einer Vorstand- und Ausschussführung vorgenommen. Dementsprechend wurden auch die Unterstützungen erhöht.

Es wurde damals schon allgemein anerkannt, daß die Beiträge das Doppelte hätten betragen müssen, wenn eine gesunde Finanzwirtschaft geführt werden sollte. Im sozial. Lager schien es jedoch, als ob die dort aus Ruder gekommenen radikalen Elemente absolut kein Verständnis für eine vernünftige Finanzpolitik hätten. Erst der große betrachtete Berliner Streik scheint ihnen die Augen geöffnet zu haben.

Vor dem Kriege war der Beitrag durchweg einem Stundenlohn gleich. Das Beste wäre, dies auch jetzt wieder einzuführen. Ob die Delegierten dazu bereit sind, weiß ich nicht. Die gute Anregung dazu möchte ich wenigstens gegeben haben.

Nun noch einige

Schlussbemerkungen.

Wenn wir auf die Arbeiten des Verbandes und seine Erfolge zurückblicken, dürfen wir mit innerer Freude und Anerkennung erfüllt sein. Diese Freude wird lebhaft geteilt durch den Blick auf die Gesamtlage des Vaterlandes.

Der preussische Wohlfahrtsminister, Kollege Stegerwald, weist in seinem Schreiben darauf hin:

„Die deutsche Arbeiterschaft wartet darauf, von der christlichen Arbeiterbewegung neue Wege gewiesen zu erhalten. Da der dogmatische, marxistische Sozialismus in vielerlei Hinsicht versagt hat.“

Ich bestreite nicht, daß ich vollständig im Einklang mit Stegerwald. Ich meinerseits sehe diese neuen Wege nicht in neuen, schönen philosophischen Lehren, auch nicht in der Bildung neuer Parteien. Ich sehe nur einen Weg, der zum Ziele führt, um Deutschland wieder hochzubringen:

Das ist der Weg der Pflicht,

der Weg der Arbeitsamkeit für alle, der Weg des Friedens und der Ordnung im Innern. Das ist der Weg des echten vaterländischen Gemeinnsinns, der Genügsamkeit und Volksolidarität, der Weg echten christlichen Geistes der Gesinnung und des Handelns, nicht der Worte, sondern der Taten. Das Christentum ist die höchste Idee zur nationalen Erhebung. Sehen wir seinen Geist durch auf wirtschaftlichem Gebiete, im öffentlichen Leben, dann arbeiten wir am praktischen völkischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Hiermit unterbreite ich den Bericht der Beurteilung der Delegierten. Sie haben das Recht, aber auch die Pflicht zu prüfen, ob wir auf dem richtigen Wege sind, weitere Wege vorzubereiten, die nötigen Mittel zu prüfen, eventuell neue zu schaffen.

Wir verhehlen uns nicht, daß wir ersten Stellen entgegengehen. Erste Stellen erfordern erste Arbeit. Ich hoffe, daß die Generalversammlung so. B. letzten wird.

Den Rassenbericht

erstattete der Hauptkassierer, Kollege Herzog. Er verwies auf den gedruckt vorliegenden Bericht, so daß es sich erübrigt noch einmal mündlich eine ausführliche Besprechung der Rassen- und Finanzverhältnisse des Verbandes zu geben. Außerdem sei bei Beratung der gestellten Anträge noch Gelegenheit, auf Einzelheiten einzugehen. Die Vermögenszunahme im vorigen Jahre dürfte natürlich nicht zu solchen Schlussfolgerungen über die Finanzlage des Verbandes verleiten. Die starke Mitgliederzunahme im vorigen Jahre hat den Prozentsatz der unterstützungsberechtigten Mitglieder heruntergedrückt, so daß im vorigen Jahre nur im Verhältnis geringe Beiträge für Reise-, Umzug-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zu bezahlen waren. Die Wirtschaftsverhältnisse machten hohe Ausgaben für Streikunterstützung nicht notwendig. Ganz anders liegen die Dinge in diesem Jahre. Die im vorigen Jahre eingetretenen Mitglieder werden in diesem Jahre unterstützungsberechtigt und die Verpflichtungen des Verbandes wachsen mit jedem weiteren Monat und Jahr. Dazu kommen die sich ungünstiger gestaltenden Arbeitsverhältnisse, die für dieses Jahr viel höhere Ausgaben für Unterstützungen notwendig machen. Allein für Streiks und Lohnbewegungen sind im ersten Halbjahr circa eine Million Mark verausgabt worden.

Dazu kommen die besonders in diesem Jahr ganz gewaltig gestiegenen Kosten für das Verbandsorgan und die Verwaltungsdrucksachen. Wir haben hier mit einer Steigerung um das drei- bis vierfache der vorjährigen Preise zu rechnen. Wie sich die Ausgaben für Unterstützungen und für die Verwaltung und das Verbandsorgan gegen die Zeit vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege verschoben haben, zeigt am besten eine Umrechnung der Ausgaben für die einzelnen Positionen auf den Kopf der jeweiligen Durchschnittsmitglieder. Diese Rechnung zeigt auch, daß unser Verbandsvermögen pro Mitglied von circa 39 Mark im Jahre 1914 auf circa 30 Mark am Schlusse des Jahres 1919 zurückgegangen ist; dazu muß man noch den gesunkenen Geldwert in Betracht ziehen. Die Generalversammlung wird bei der notwendigen Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungsweesens alle die kurz erwähnten Gesichtspunkte mit in Betracht ziehen müssen, um auch fernerhin dem Christlichen Metallarbeiterverband zu einem starken Rückhalt für seine Mitglieder auszugestalten.

In Ansehung an den Rassenbericht erstattete Kollege Klost namens der Rassenrevisoren den Revisionsbericht. Regelmäßige Nachprüfung der Bücher und Belege habe die vollständige Übereinstimmung mit der Rassenführung ergeben. Unsere Rassen- und Buchführung sei musterhaftig und in bester Ordnung und er beantrage deshalb Entlastung des Vorstandes.

Staatssekretär, Kollege Becker, der inzwischen erschienen ist, spricht in einer kurzen Ansprache den Gedanken aus, daß rechtslose Offenheit und Wahrhaftigkeit der

Führer bei den Mitgliedern unbedingte Treue und Anhänglichkeit, auf kleinstem Vertrauen gegründet, hervorgerufen müsse. Er bekräftigt es, daß Kollege Weber in seinem Geschäftsbericht nach diesem Grundsatz verfahren habe, auch da, wo die Wahrheit nicht ganz angenehm in den Ohren klingt.

Gewerberat Schnepf steht in der maßvollen Empfehlung des Verbandes den Beweis dafür, daß er den richtigen Weg eingeschlagen habe.

Entscheidungen

unserer Generalversammlung.

Erwerbslosenfürsorge.

„Die neunte Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes fordert zur Milderung der Wirkungen der derzeitigen Wirtschaftskrise, die zahlreiche Arbeiterkreise schwer trifft, eine wirklich durchgreifende Erwerbslosenfürsorge.“

Insbesondere haben Reich, Staat und Gemeinde in Vorkämpfung der produktiven Erwerbslosenfürsorge umfassende Arbeitsgelegenheiten zu beschaffen. Dazu gehört in erster Linie Senkung der Verkaufspreise und Inangriffnahme des Baugewerbes, Inangriffnahme der baureifen Wasserwege, Wohnbauten, Obstandsstrukturen usw., Förderung der Ausfuhr von Fertigfabrikaten und Halbzeugen.

Der unerschuldeten Arbeitslosen ist eine den Verhältnisse entsprechende Unterstützung, den kurzarbeitern ein angemessener Teil des durch das Aussetzen der Arbeit bewirkten Verdienstausfalles als Unterstützung zu gewähren. Bei Berechnung der Unterstützungssätze sind die Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften außer Betracht zu lassen.“

Zur Parteifrage.

„Die neunte Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes erklärt, daß an dem parteipolitischen neutralen Charakter der christlichen Gewerkschaftsbewegung nach wie vor unerschütterlich festgehalten werden muß. Die parteipolitische Neutralität der Bewegung sichert die Möglichkeit, die Anhänger aller politischen Parteirichtungen zu gewerkschaftlicher Arbeit zusammenzufassen.“

Die Versuche zur Neubildung einer besonderen politischen Partei für die auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften stehenden Arbeiter und Angestellten führen zu Uneinigkeit und Zwietracht unter den Anhängern der Gewerkschaften, wodurch die Stoßkraft der Bewegung auf das stärkste beeinträchtigt wird.

Zudem würde eine parteipolitische Absonderung der christlichen Arbeiter und Angestellten zu einer Schwächung des Einflusses der Bewegung führen.

Der Verbandstag lehnt dahingehende Bestrebungen in die Gewerkschaften hineinzutragen aus sachlichen und tatsächlichen Gründen ab. Bessere und menschenwürdigere Parteiverhältnisse herbeizuführen, ist Aufgabe der in Betracht kommenden politischen Faktoren, nicht der Gewerkschaften.

Die Mitglieder werden aufgefordert, die Sorge um bessere und menschenwürdigere Parteiverhältnisse den politischen Parteien zu überlassen. Soweit vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaften aus Stellung zu diesen Fragen zu nehmen ist, ist dies nicht Aufgabe einzelner Personen und Gruppen, sondern der durch den Vorstand des Gesamtverbandes vertretenen Gesamtbewegung.“

Diese beiden Entscheidungen wurden einstimmig angenommen und damit die Stellung unseres Verbandes festgelegt.

Ein Weg zum Preisabbau.

Dr. A. Markuse.

Ein bemerkenswerter Entschluß von Produzenten ist in den letzten Tagen erfolgt. In der Mitgliederversammlung der heftigen Gaugruppe des Reformbundes der Gutshöfe ist, wie die Frankfurter Zeitung meldet, der Beschluß gefaßt worden, die Preise der Herbstkartoffeln ab 1. September auf 20 Mark Erzeugerkosten herabzusetzen, d. h. auf fast ein Drittel des heutigen Preises. Daran wurde die Forderung geknüpft, daß „umgehend und mit allen Mitteln auch der Abbau der landwirtschaftlichen Produktionskosten“ in die Wege geleitet werde.

Dieser Beschluß belohnt, auch wenn er zunächst keinen weit hin sichtbaren Erfolg haben sollte, doch daß nun auch in den Reihen der Produzenten sich die Einsicht immer mehr Bahn bricht, daß nur durch ein vernünftiges Zusammenwirken aller Beteiligten eine vollständige und weit hin sichtbare Katastrophe unserer gesamten Volkswirtschaft verhindert werden kann. Aber es ist auch allerhöchste Zeit!

In den letzten Wochen hat sich bereits in fast allen Industriezweigen ein Preisabbau, zuweilen sogar ein Preissturz, bemerkbar gemacht. Freilich weniger aus volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus, als unter dem harten Zwang der Tatsachen, der Störungen im Absatz, die sich infolge der Kaufunlust des Inlandes und der gestiegenen Saluta einstellen. Doch ist das für den Gelingen schließlich gleichgültig. Jedenfalls besteht die Tendenz zum Preisabbau seit einiger Zeit.

Was aber bis jetzt fehlte, das ist die Planmäßigkeit, mit der diese so sehr bedeutungsvolle Maßnahme durchgeführt werden sollte. Denn jeder Preisabbau in der

Industrie muß solange seine Wirksamkeit verfehlen, als nicht mindestens gleichzeitig ein Abbau der Lebensmittelpreise einsetzt. Solange nur an einer Stelle der Abbau der Preise einsetzt, noch dazu ohne jede Planmäßigkeit, kann der Erfolg kein anderer sein, als eine Katastrophe der betreffenden Branche, verstärkte Arbeitslosigkeit und weiteres unabsehbares Elend.

In den Produktionskosten einer Industrie, die der Preisberechnung der betreffenden Ware zugrunde gelegt werden, bilden die Löhne der Arbeiter einen Hauptbestandteil. Wir wissen, daß es heute noch genug uneinsichtige Menschen gibt, die das ganze Elend unserer Wirtschaft den angeblich übertriebenen Lohnforderungen der Arbeiter zuschreiben möchten. Aber das Ingerichte derartiger Behauptungen liegt auf der Hand! Abgesehen von einzelnen Fällen, wo Arbeiter aus rein politischen Gründen unmäßig hohe Lohnforderungen gestellt haben, kann man von unüberhältnismäßig hohen Löhnen im allgemeinen nicht sprechen. Freilich ist die Summe, die dem Arbeiter am Wochen- oder Monatsende ausbezahlt wird, sehr viel höher als früher, aber jeder kann sehen, daß man heute für 100 Mark noch nicht soviel bekommt, wie früher für 10 Mark. Wir brauchen ja nur daran zu denken, was Brot, Kartoffeln und Eier früher gekostet haben und was sie heute kosten, von Fett und Fleisch ganz zu schweigen. Da nun die Kosten für den notwendigen Lebensunterhalt der Arbeiter um das sechs- bis zehnfache gegen früher gestiegen sind, wäre es ebenso sinnlos wie undurchführbar, durch Herabsetzen der Arbeitslöhne allein die Preise der Waren senken zu wollen.

Ebenso unmöglich ist es aber, durch Verbilligung der Rohstoffe allein etwa die Preise niedriger zu halten. Denn auch in den Preisen der Rohstoffe finden wieder Arbeitslöhne, nämlich der Arbeiter, die zu ihrer Gewinnung und Beförderung notwendig sind. Wohin wir auch in der Volkswirtschaft blicken, und welche Preise wir auch betrachten, immer wieder stoßen wir auf die menschliche Arbeit als Arbeitslohn einen wesentlichen Bestandteil des Preises einer Ware ausmacht. Der Arbeitslohn aber wird bestimmt durch die Kosten für die Lebenshaltung der Arbeiter, also durch die Preise, die sie für das zum Leben Notwendige, vor allem für Nahrungsmittel zu zahlen haben. Der Preis der Nahrungsmittel aber richtet sich nach den Forderungen der Landwirte.

Während des Krieges sind nun die deutschen Landwirte den übrigen Volksgenossen gegenüber in eine Monopolstellung geraten. In einem von der Zufuhr abgeschnittenen und ausgehungerten Land stieg der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in einer bisher unerhörten Weise und die glücklichen Besitzer der Lebensmittel bemühten sich selbstverständlich dazu, sich ihre Erzeugnisse so teuer wie möglich bezahlen zu lassen. Es ist dies die alte Erfahrung, daß, wenn der Vorrat einer Ware nicht ausreicht, um alle, die sie brauchen zu versorgen, der Preis für diese Ware steigt. Dazu kam, daß die unersättliche Zwangswirtschaft die Preise noch geradezu gewaltig in die Höhe trieb, da sie sich als unfähig erwies, wirklich eine vollständige Erfassung und gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu bewirken. Inzwischen ist hier nicht der Ort, um auf die Fehler der Zwangswirtschaft die ja nun ihrem Ende entgegengeht, näher einzugehen. Sie sind jedem aus eigener Erfahrung wohlbekannt.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise machten sich den Landwirten aber nicht nur in Form gesteigerter Einnahmen, sondern auch in Form gesteigerter Ausgaben für Schuhe, Kleidung usw. bemerkbar. Vor allem aber merkten es die landwirtschaftlichen Arbeiter, die kein oder nicht genug eigenes Land besitzen, um sich von dessen Ertrag nähren zu können, und die nun ebenfalls die hohen Preise für Nahrungsmittel zahlen mußten. Diese mußten auch höhere Löhne verlangen. Dadurch stiegen die Produktionskosten der Landwirtschaft, die Lebensmittelpreise stiegen weiter, die Löhne der Industriearbeiter stiegen und die Preise der Waren stiegen ebenfalls. Man sieht, es ist eine Schraube ohne Ende.

Die weitere Folge der erhöhten Preise war, ein vermehrter Umlauf an Papiergeld, das der Staat ausgab, ohne eine genügende Sicherheit zu haben und das infolgedessen auch immer weniger wert wurde. Das bewirkte ein weiteres Steigen der Preise und es zeigte sich auch hier die Schraube ohne Ende.

Das Schlimmste aber ist, daß vielen Volksgenossen der wahre Sachverhalt und der erschütternde Ernst unserer Lage noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Denn die politischen Parteien sind nur zu eifrig bemüht, aus der wirtschaftlichen Not des Landes Angriffswaffen gegen ihre Gegner zu schmieden und einander die Schuld an der Katastrophe zuzuschreiben. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Städter und Landwirte, jeder klagt den anderen an, jeder bekämpft den anderen, während die Katastrophe von Tag zu Tag wächst, und es nur ein Mittel gibt, um dem außerordentlichen Zusammenbruch zu entgehen, nämlich schnelles und einmütiges Zusammenarbeiten aller, damit in letzter Minute noch ein planmäßiger Abbau der Preise einsetze und das äußerste vermieden werde. Es sollte daher endlich genug sein des Klagens und Anklagens. Es ist im Augenblick ganz gleichgültig, wie wir in diesen Sumpf hineingeraten sind, in den uns die Ungunst der Verhältnisse und eigene Unvorsichtigkeit gebracht haben, die Hauptsache ist, daß wir wieder herauskommen.

Deswegen ist der Beschluß der heftigen Gaugruppe des Reformbundes der Gutsherrlicher zu begrüßen. So klein auch relativ der Kreis ist, von dem er ausgeht, er beweist doch, daß nun auch bei den Landwirten sich die Erkenntnis Bahn bricht, daß es ohne die Mithilfe der Landwirtschaft kein wirksames Mittel gegen die Teuerung gibt, und daß sie auch bereit sein muß, die Opfer auf

sich zu nehmen, ohne die es nun leider mal nicht gehen wird. So traurig es ist, daß dem verarmten und hungernden deutschen Volk noch immer weitere Opfer zugemutet werden müssen, so bleibt uns doch keine andere Wahl, wenn wir nicht die Hoffnung auf spätere glücklichere Zeiten endgültig begraben wollen. Das Opfer werden alle tragen müssen, aber es muß selbstverständlich dafür gesorgt werden, daß nicht wieder, wie so oft, die schwächste Last der schwächsten Schulter aufgebürdet wurde, d. h., daß die Arbeiter unbedingt das zum Leben notwendige gesichert erhalten. Der Abbau der Löhne darf nur nach einem energischen Abbau der Lebensmittelpreise erfolgen.

Hier erhebt sich die Frage, wie der Preisabbau planmäßig durchgeführt werden sollte? Unmöglich können kleine Kreise von Produzenten und Konsumenten allein bei offenem Auge diese riesige Aufgabe bewältigen. Soll man den Staat zu Hilfe rufen? Dann besteht die Gefahr, daß die Parteien sich der Sache bemächtigen und daß Parteilichkeit das notwendige Werk hindert. Außerdem haben wir ja im Kriege erfahren, was staatliche Preisverordnungen wert sind. In den meisten Fällen waren sie dazu da, umgangen zu werden und sehr oft entsprachen die Anordnungen der Behörden auch den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen garnicht. Es muß also die Gefahr des Bürokratismus vermieden werden und ebenso, daß politische Kämpfe auf dieses wirtschaftliche Rettungswerk Einfluß gewinnen. Der Staat allein erscheint daher zur Durchführung des Preisabbaus nicht geeignet.

Vielmehr erscheinen als die besten Träger dieses wirtschaftlichen Rettungswerkes die wirtschaftlichen Verbände und Interessenvertretungen. Hier ist Sachkenntnis und praktischer Blick und es muß bei gutem Willen aller Beteiligten möglich sein, Ersprießliches zu leisten.

Den Gewerkschaften wird hierbei ein bedeutender Anteil zufallen müssen, da sie die besten Vertreter der Arbeiterinteressen sind. Jeder muß zu der Überzeugung gelangen, daß nur durch schnellen Abbau der Preise der völlige Zusammenbruch unserer Wirtschaft und unübersehbares Elend vermieden werden kann.

Innere Verbandsaufgaben.

Heinrich Henkemeier.

Die Praxis ist und bleibt die beste Schule. In den einzelnen Zählstellen wäre zunächst ein geeigneter älterer Kollege ausfindig zu machen, der die Sache in die Hand nimmt. Aus der Reihe der Jugendlichen wäre dann ein kleiner Arbeitsausschuß zu bilden. Die Jugendlichen und Arbeitsausschüsse für den Bezirk der Ortsverwaltung würden, zu einer Konferenz vereinigt, aus ihrer Mitte nach obigem Schema eine Spitze bilden. Die Konferenzen müßten gleichzeitig der Schulung dienen. Die Zentrale hat in der Person des Kollegen Mehr einen Jugendbezernten freigestellt, jedoch besteht ein sehr bedauerlicher Mangel darin, daß der Kollege mit vielen anderen Aufgaben betraut ist und sein eigentliches Dazugehören nur noch nebenher versehen kann. Mit der Herausgabe des „Hammer“ allein ist der Sache nicht gedient, sondern man benötigt persönliche Führung und direkte Anleitung notwendig ist, dann in der Jugendbewegung. Vielleicht tragen aber unsere jugendlichen Mitglieder und die Jugendberater mit Schuld an der geschilderten Sachlage, weil sie den Kollegen Mehr nicht genug zur Beratung zuziehen. Im übrigen läßt sich für die Jugendarbeit ein allgemein brauchbares Schema kaum angeben — vieles muß hier den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden. Jedenfalls besteht die Aufgabe, daß die Jugendarbeit, wenn sie mit Lust und Liebe betrieben wird, ein sehr dankbares Arbeitsfeld darstellt. Die aus den Reihen der älteren Mitglieder hervorgehenden Führer oder Berater müssen heitere und lebensfrohe Charaktere — „Männer mit jugendlichen Herzen“ sein. Wenn es uns gelingt, die Jugend für unsere Ideen und unseren Verband zu begeistern, so haben wir damit die Zukunft erobert.

Die Organisation der Arbeiterinnen

hat zwar in unserem Verbande ebenfalls gute Fortschritte gemacht, doch liegt der Schwerpunkt hier bei Gewinnung der Kolleginnen für die positive Mitarbeit. In diesem Punkte sieht es aber wohl in den meisten Gruppen nicht vom Besten aus. Man sollte in den Ortsverwaltungen und Zählstellen daher versuchen, geeignete Mitarbeiterinnen zur Mitarbeit heranzuziehen, dabei aber darauf achten, daß zunächst nur leichte Aufgaben gestellt werden. Ist es erst mal gelungen, einige Kolleginnen soweit zu bringen, daß sie in Besprechungen und Versammlungen der Arbeiterinnen selbst hervortreten und gewisse Funktionen übernehmen können, dann wird in der Regel die Hauptschwierigkeit überwunden sein. Da die Frauenarbeit auf absehbare Zeit auch in unserer Industrie nicht zu beseitigen ist — ja sogar unter Umständen noch größere Bedeutung erlangen kann, so muß auch diese Sache überall die gebührende Beachtung finden.

Kassengeschäftliche Aufgaben.

Die grundsätzliche Seite des gewerkschaftlichen Finanzgebahrens wird, wie schon die Ueberschrift dieses Kapitels andeutet, nur kurz gestreift werden; es kommt uns vielmehr darauf an, die verwaltungstechnische Seite der Sache einmal gründlich zu beleuchten. Praktisch liegen die Dinge ja so, daß neben der Mitgliederzahl vornehmlich das Verbandsvermögen als wirtschaftlicher Machtfaktor in Erscheinung tritt und das gerade die finanzielle

Leistungsfähigkeit der Organisation bei Kämpfen usw. in der Regel von ausschlaggebender Bedeutung ist. Wo diese Erkenntnis bei unseren Mitgliedern noch nicht genügend durchgebrungen sein sollte, muß unbedingt für die notwendige Aufklärung gesorgt werden. Die Verbandsabrechnungen und Geschäftsbewegung liefern wertvolle Unterlagen für die Belehrung in dieser Hinsicht. Es sei nur daran erinnert, was den meisten unserer jüngeren Kollegen nicht geläufig ist, daß gerade im Bereich der Metallindustrie bereits für eine ganze Anzahl von Berufsgruppen besondere Fachverbände bestanden haben, die aber fast ausnahmslos an finanziellen Schwierigkeiten entweder gescheitert sind, oder zur Verschmelzung mit den Metallarbeiterverbänden gezwungen waren. Der Metzger- und Metzgerhelferband ist zum Beispiel nur durch die beugende Wirkung der Verhältnisse während der Kriegsjahre vor der Verschmelzung mit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bewahrt geblieben. Höhere Beiträge haben allerdings manchmal erschwerende Wirkungen für die Mitglieder, jedoch im Interesse der Sicherung des Verbandes für alle Fälle, müssen wir diese Schwierigkeiten in den Kauf nehmen. Ein alles Spielwort besagt zudem, daß Spezialisten da sind, um überhand zu nehmen.

Gewissenhaftigkeit, Pünktlichkeit und Ordnung müssen die Leitlinie für die Tätigkeit aller mit Kassengeschäften befaßten betrauten Verbandsfunktionäre sein. Hier denken wohl die meisten Vorstandsmitglieder an die Erziehung der Mitglieder zu pünktlicher Beitragszahlung und es ist nicht zu bestreiten, daß diesbezügliche Schritte in den Versammlungen nicht fehlen dürfen. Aber wenn irgendwo das gute Beispiel die ausschlaggebende Rolle spielt, dann in diesem Punkte. Mit der Pünktlichkeit muß daher bei der Abrechnung der Vertrauensleute und Kassierern der Anfang gemacht werden. Wo die Abrechnungstermine für die Vertrauensleute noch auf 6 bis 10 Tage und für die Kassierern auf 10 bis 15 Tage nach Monatschluß hinausgeschoben sind, da kann von Pünktlichkeit keine Rede sein. In mehreren unserer größten Bezirksstellen gelten folgende Termine, die sich als durchführbar ausgezeichnet bewährt haben:

1. letzter Termin für die Abrechnung der Vertrauensleute (Beitragskassierer) ist der letzte Tag im Monat;
2. letzter Termin der Abrechnung der Kassierern mit der Ortsverwaltung (Geschäftsstelle) ist der zweite Tag im neuen Monat.

Die Einwendungen gegen dieses Vordringen der Abrechnungstermine sind uns bekannt und wurden auch dort, wo es bereits seit langer Zeit durchgeführt ist, geltend gemacht — haben sich aber nicht als stichhaltig erwiesen. Besondere örtliche Verhältnisse können ebenfalls nicht vorgeführt werden, sondern die Durchführung ist lediglich Willenssache der beteiligten Kollegen. Laut Statut und regelmäßigem Hinweis im Verbandsorgan müssen die Beiträge eine Woche im Voraus gezahlt werden. Demnach muß also das Mitglied die Beiträge bis zum 25. des Monats für den laufenden Monat voll gezahlt haben und dann bleibt ein Spielraum von 6 bis 8 Tagen für die Abrechnung. Es soll hier nichts empfohlen werden, was nicht tatsächlich erprobt ist und so führen wir als Beleg die Daten an, wie die Kassierern der Bezirksstelle M. für den Monat Juni d. J. mit der Ortsverwaltung abgerechnet haben. Gleichmäßig wird ungefähr die Stärke der Zählstellen angegeben. Es rechneten ab: Zählstelle A. am 2. Juli mit 1800 Mitglieder, Zählstelle M.-S. am 30. Juni mit 200 Mitglieder, Zählstelle D.-R. am 4. Juli mit 1700 Mitglieder, Zählstelle D.-S. am 1. Juli mit 600 Mitglieder, Zählstelle D.-B. am 30. Juni mit 500 Mitglieder, Zählstelle D.-M. am 29. Juni mit 100 Mitglieder, Zählstelle D.-W. am 30. Juni mit 1000 Mitglieder, Zählstelle Fr. am 1. Juli mit 350 Mitglieder, Zählstelle S. am 2. Juli mit 100 Mitglieder, Zählstelle K. am 8. Juli mit 50 Mitglieder. Ferner 11 Zählstellen zwischen 28. Juni bis 4. Juli. Eine große Zählstelle verspätete sich also nach vorheriger Entschuldigung um zwei Tage und gebummelt hat eigentlich nur eine der kleinsten Gruppen. Von einer noch größeren Nachbarverwaltungsstelle könnten ähnliche Angaben gemacht werden und damit ist der Nachweis für die Durchführbarkeit erbracht. Ein großer Teil der Vertrauensleute rechnete bereits am 25. Juni mit dem Kassierern ab. Die Abrechnung vollzieht sich hier mit Hilfe der Abrechnungskassen, wie sie während des Krieges seitens der Zentrale nach den Vorschlägen der Duisburger Ortsverwaltung eingeführt worden sind. Neu eingeführt ist seit der vorletzten Beitragszahlung eine vorläufige Ablieferung des bis zum 15. jeden Monats einfließenden Geldes durch die Vertrauensleute und Kassierern.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 3. September der 37. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 5.—11. September.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: Verwaltungskasse Kreis ab 38. Woche: 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., halbe Beitragsklasse 2 M., Lehrlingsklasse 1 M.

Die Betriebsrätepost des Deutschen Gewerkschaftsbundes erscheint von jetzt ab regelmäßig jeden Monat. Unsere Betriebs- und Arbeiterräte werden gebeten, Bestellungen nicht an die Zentrale, sondern an ihre Bezirksverwaltungsstellen, bzw. Bezirksleiter, zu richten.

Aus dem Verbandsgebiet.

Der Streik in der Metallindustrie der Pfalz.

Der Kampf in der pfälz. Metallindustrie gegen den Lohnabbau wurde nach Größtentlicher Dauer mit Erfolg für die Arbeiterschaft beendet. Die zur Zeit bestehenden Löhne müssen noch 8 Monate weiter bezahlt werden. Der Kampf, der von den Arbeitern große Opfer gekostet hatte, hätte vermieden werden können, wenn vorher der Pfälz. Metallarbeiterverband die zur Verfügung stehenden Vermittlungs- und Einigungsstellen anerkennen und deren Spruch abgewartet hätte. Es ist wohl angebracht, auf den Verlauf dieses Streikes etwas näher einzugehen. Der Kampf wurde durch folgendes Schreiben des Verbandes pfälzischer Metallindustrieller vom 20. u. 20. eingeleitet:

„Gute Vormittag beschloß unsere Mitgliederversammlung die Mitglieder anzuweisen, den verbindlich erklärten Schiedsgericht anerkennen und für den Monat Juni die erhöhten Beträge zu zahlen. Die wirtschaftliche Notlage unserer Werke hat sich seit unserer letzten Besprechung noch weiter verschärft, so daß einige Mitglieder bereits umfangreiche Betriebsbeschränkungen vornehmen mußten. Unsere Mitglieder erklärten daher im Juli die bisherigen Löhne nicht mehr zahlen zu können. Um weitere Betriebsbeschränkungen vorzubeugen, ist unersetzlich nach einer Herabsetzung der Löhne unter die Maßläge erforderlich. Wir schlagen eine Verkürzung der für Mai vorgesehene Feuerungsanlagen um 50 Pf. pro Stunde vor. Wir laden Sie zur Verhandlung über diesen Vorschlag ein auf Montag, den 6. Juli, 9 Uhr vormittags, in unsere Geschäftsräume Neustadt a. Ob., Friedrichstraße 51.“

Dieses Angebot bedeutet für die Arbeiter eine Herausforderung. An einem Abbau der Löhne kann nicht gedacht werden, da die Lebenshaltung der Arbeiterschaft noch nicht billiger geworden ist, sondern eher das Gegenteil nachgewiesen werden kann. Wenn auch die Arbeitgeber den Abbau von 50 Pf. unter die Maßläge nur als Angebot betrachten, so steht doch zweifellos fest, daß sie unter allen Umständen die für den Monat Juni vom Demobilisationskommissar für die Pfalz zugesprochene Zulage von 40 bzw. 50 Pf. verbüßern wollten. Dagegen wollten die Arbeiter entschieden entgegenstehen, da die Löhne der pfälzischen Metallarbeiter mit dieser Zulage immer noch niedriger waren, als die Löhne, die an die Pfalz angrenzenden Industriegebiete.

Wir haben deshalb nach Einlauf dieses Schreibens vom 20. Juli für den Christlichen Metallarbeiterverband, da bis jetzt ein einheitliches Vorgehen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband nicht möglich war, eine Lohnhöhung von 1 M. pro Stunde gefordert und diese Forderung auch entsprechend begründet. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte keine Lohnforderung gestellt, sich jedoch bei der ersten Verhandlung unserer Forderung angeschlossen. So wird die Vorgänge vor Beginn des Streikes.

Die Verhandlungen konnten nun am 5. Juni nicht stattfinden, da der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes am Erhalten verhindert war und auf dessen Ersuchen die Sache auf den 12. Juli verschoben wurde. In der Woche zwischen 5. und 12. Juli lag nun die erste Lohnzahlung der Arbeiterschaft für den Monat Juni. Bei dieser Lohnzahlung wurde der Ludwigshafener Arbeiterschaft die 40-Pf.-Zulage, die für Juni festgelegt war, abgezogen. Die Arbeiter ließen sich dies nicht bieten und haben die Arbeit in einem Teil der Ludwigshafener Betriebe niedergelegt. Darauf erfolgte die erste Streikversammlung am 10. Juli in Ludwigshafen. In dieser Versammlung hat der Beamte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Oberfrank als Gewerkschaftssekretär, die sonderbare Stellung eingenommen, daß der Streik an und für sich unbedeutend sei insofern, als man zunächst den Verbandsvorstand benachrichtigen und auch die Verhandlungen in Neustadt a. Ob. hätte abwarten sollen. Persönlich jedoch müsse er den Streik als berechtigt anerkennen, da es ein Abwehrstreik sei und an einen Lohnabbau nicht gedacht werden könne. Unser Kollege Schwarz vertat den Standpunkt, daß der Streik unbedeutend sei, indem man zunächst hätte die Verhandlungen abwarten müssen, die von den Arbeitgebern auf den 5. Juli festgelegt waren, jedoch durch Verhinderung des Kollegen Schied vom Deutschen Metallarbeiterverband auf den 12. Juni verschoben werden mußten. Weiter erklärte Schwarz, daß von unserer Seite eine Lohnhöhung von 1 M. pro Stunde gefordert wurde, und daß, wenn in dieser Verhandlung der Lohnabbau nicht abgewehrt wurde, man geschlossen in den Kampf hätte eintreten können.

Hätte Oberfrank in dieser Versammlung einen vernünftigen, zurechnungsfähigen Standpunkt vertreten, die Leute zunächst aufgefordert, so lange zu arbeiten, bis die Verhandlungen stattgefunden hätten, so hätte dieser Streik vermieden werden können. Aber O. fand nicht den Mut, den Kollegen die Wahrheit zu sagen, um nicht als U. S. P.-Mann, als Hönze nach Bremer bezeichnet zu werden. Durch sein Verhalten mußte die Arbeiterschaft in ihrem Glauben, sie hätte Recht bekommen, gestärkt werden.

Bei der am 12. 7. stattgefundenen Verhandlung zeigten die Arbeitgeber wenig Entgegenkommen. Sie wollten nicht eher verhandeln, bis in Ludwigshafen die Arbeit wieder aufgenommen sei. O. gab eine dementsprechende Erklärung ab. Bei der sich nun anschließenden Lohnverhandlung wurde vom Deutschen Metallarbeiterverband erklärt, daß sie sich den Forderungen der Christlichen anschließen, wenn die Arbeitgeber tatsächlich abbauen wollen. Eine Einigung kam dahin zu Stande, die Regierung der Pfalz zu ersuchen, wiederum ein Schiedsgericht einzuberufen und über die Streitfrage zu entscheiden.

Dieses Schiedsgericht trat am 16. Juli in Speyer zusammen. Es wurde ein Schiedsgericht mit 6 gegen 6 Stimmen gefällt (sein Herr des Schiedsgerichtes hat sich der Abstimmung enthalten), so daß wir wieder resultatlos auseinander gingen. Daraufhin hat der Vorsitzende des Schiedsgerichtes, Herr Regierungs- und Gewerberat Köfinger, die Parteien gebeten, unter seiner Mitwirkung als Vermittler nochmals zu einer Verhandlung zusammen zu kommen.

Diese fand am 22. Juli in Neustadt statt. Es wurde wiederum ein Tag verhandelt. Die Arbeitgeber hatten wohl weitere Zugeständnisse gemacht, eine Einigung konnte jedoch nicht erzielt werden, und scheiterte an dem Widerstand der Arbeitgeber.

Es wurde nun neuerdings die Regierung zur Fällung eines Schiedsgerichtes angezogen. Dieses Schiedsgericht mit zum Teil neuen Beisitzern (die Arbeitgeber hatten 3 ihrer alten), trat am 2. August wiederum in Speyer zusammen unter Vorsitz des Herrn Regierungsrat Wiesel. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte 6, wir einen Beisitzer. Nach mehrstündigen Verhandlungen kam folgender, einstimmig gefaßte Schiedspruch zu Stande:

Der Schlichtungsausschuß beschließt einstimmig, die vom Demobilisationskommissar mit Verfügung vom 29. Juni 1920 festgesetzte Feuerungsanzahlungen werden in folgender Weise weitergewährt:

1. Für den Monat Juli zu 100 Prozent,
2. Für den Monat August zu 66,66 Prozent,
3. Für den Monat September zu 33,33 Prozent.

Dieser Schiedspruch wurde von den Arbeitern abgelehnt.

Die Situation war nun äußerst erschwert, die Arbeitgeber paradierten in der Dummheit mit dem einstimmig gefällten Schiedspruch, dem auch die Vertreter der Arbeiter zugestimmt hätten und drohten mit Schließung ihrer sämtlichen Betriebe, wenn am Montag, dem 9. August, in allen bestrittenen Betrieben (insgesamt war man außer Ludwigshafen auch in Zweibrücken und in

Neustadt in den Ausstand getreten), die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. Durch Anschlag in den Betrieben, am 8. August, wurde die Ausperrung bekanntgegeben.

Man versuchte nun fröhlich zu verhandeln, jedoch resultatlos.

Die Ausperrung wurde am Dienstag, dem 10. August, durchgeführt. Hiermit hatte der Kampf seinen Höhepunkt erreicht.

Auf den wilden Streik der Arbeiter hatten die Arbeitgeber ebenfalls die härteste Waffe, die Ausperrung, angewandt.

In Ludwigshafen wurde die Situation immer ernster, in den Versammlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes ging es äußerst düster zu, man verlor die höhere Streikunterstützung und drohte mit Demonstration und Gewaltmaßnahmen. Die Genossenschaftler waren gegen den sich immer mehr breitmachenden Rabikalismus machtlos.

In dieser schwierigen Situation sprang abermals die Regierung als Vermittlerin ein. Sie lud zu einer Sitzung auf den 13. August, in Speyer ein, zu der auch beide Parteien erschienen waren. Vorsitzender dieser Sitzung war ein Vertreter des sozialen Ministeriums aus München. Die Verhandlungen, die ununterbrochen von vormittags 10 Uhr bis abends 9 Uhr dauerten, hatten nachstehendes Ergebnis:

Rieberbrief

über die auf Grund der Einigungsverhandlungen vom 13. August 1920 zwischen dem Verband pfälz. Metallindustrieller

und

dem Deutschen Metallarbeiterverband,

dem Christlichen Metallarbeiterverband

und dem Gewerkschaftsbund

geschlossenen

Vereinbarung

I.

1. Die Arbeit muß in allen Verbandsbetrieben am Montag, dem 16. August 1920, wieder aufgenommen werden. Die Ausperrung ist aufgehoben.
2. Maßregelungen unterbleiben von beiden Seiten.
3. Der Streik wird im Hinblick auf Urlaub nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses betrachtet. Bezahlte Ausperrtage werden auf den Urlaub angerechnet.
4. Diejenigen Arbeiter, die am heutigen Tage nicht mehr im Arbeitsverhältnis stehen, haben keinen Anspruch auf die rückwirkende Zahlung.
5. Diejenigen Werke, die mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten oder infolge ihrer besonderen schwierigen wirtschaftlichen Lage mit ihrer Arbeiterschaft wegen der Zulage in Verhandlungen stehen, können mit ihrer Belegschaft besondere Abmachungen treffen.

II.

Folgendes Abkommen wird fest getroffen für die Monate Juli, August, September und Oktober.

Es sind zu zahlen:

- a) im Juli, August und September die Maßläge mit der vollen Sonderzulage für Juni.
- b) im Oktober die Maßläge und Zweidrittel der Sonderzulage für Juni.

Dieses Abkommen gilt nur bei Einhaltung der oben unter Ziffer I, 1 bis 5 genannten Bedingungen.

(Unterschriften.)

Damit war der Kampf als beendet zu betrachten, die Vereinbarung war von allen beteiligten Organisationen unterzeichnet. Jedoch die Streikenden in Ludwigshafen lehnten am 14. August auch diese Vereinbarung ab, da sie den festgelegten Lohnabbau im Monat Oktober von 1/4 der Junizulage nicht annehmen. Daß die Vereinbarung unterzeichnet sei und damit die Verpflichtung der Wiederaufnahme der Arbeit, am 16. August, eingegangen war, wurde von dem Berichterstatter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Oberfrank, den Streikenden nicht mitgeteilt. Unserem Büro wurde durch ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes telefonisch mitgeteilt, daß, wenn ihnen dieses gesagt worden wäre, die Zustimmung anders ausgefallen wäre. Während in der übrigen Pfalz am 16. August die Arbeit aufgenommen wurde, hat man in Ludwigshafen weiter gestreikt.

Es folgte nun eine weitere Verhandlung mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Ortsgruppe Ludwigshafen, an der wir unbeteiligt waren, da der Streik von uns als beigelegt betrachtet wurde. In dieser Verhandlung wurde die Sache insofern entschieden, daß am letzten Montag im September über die Oktoberzulage neu verhandelt werden soll.

Darauf wurde nun in den Streiklokalen durch einen Anschlag bekanntgegeben, daß am Mittwoch, dem 18. August, die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Wir sind nach wie vor der Überzeugung, daß der Lohnabbau auch ohne Streik hätte abgewehrt werden können. Wir geben zu, daß wir es in der Pfalz, mit einem äußerst hartnäckigen Arbeitgeberum zu tun haben, das dem notwendigen sozialen Verständnis, welches zum Wiederaufbau unbedingt erforderlich ist, schwer zugänglich ist. Durch milde Streiks jedoch werden die Verhältnisse nicht gebessert. Die in Ludwigshafen streikenden Arbeiter haben einen Lohnausfall von je über 1000 M. abzüglich der Streikunterstützung. Dieser hätte vermieden werden können, wenn man nach gewerkschaftlichen Grundsätzen gehandelt und nicht den Schreibern Konzeptionen über Konzeptionen gemacht hätte. Das ist wiederum ein klarer Beweis dafür, daß der Arbeiterschaft nicht mit dem sich im Deutschen Metallarbeiterverband immer mehr breitmachenden Rabikalismus gebient ist, sondern nur durch vernünftige Gewerkschaftsarbeit, wie sie von jeder im Christlichen Metallarbeiterverband angelehrt wurde.

Zum Schluß sei noch auf folgendes hingewiesen: Die Arbeitgeber hatten auf den 10. August die Ausperrung angedroht. In einigen Betrieben konnte man nun die Ausperrung nicht abwarten, sondern ist am 7. August in den Ausstand getreten, obwohl man in den Betriebsversammlungen darauf aufmerksam gemacht hat, daß, wenn die Ausperrung in Kraft tritt, die Arbeitgeber für die gesetzliche Kündigung den vollen Lohn zahlen müssen, was auch durch die Vereinbarung festgelegt ist.

Statt diesen vernünftigen Vorschlag anzunehmen, hat man in vhratenhaftem Tone erklärt: Nein, wir lassen uns nicht ausperrern, wir gehen freiwillig; der Deutsche Metallarbeiterverband hat Geld genug, um seine Mitglieder zu unterstützen! Dadurch erhielten die Arbeiter für 7 Tage statt den vollen Lohn, die Streikunterstützung. Die Arbeitgeber haben dadurch etliche Tausend Mark geparkt, die der Deutsche Metallarbeiterverband und noigerungen auch die übrigen Verbände zahlen müssen.

So wird heute im Deutschen Metallarbeiterverbande mit Verbandsgebern gewirksamkeit.

U. S.

Rhein-Deutscher-Strikere. Die am Sonntag, den 1. August in Oberhausen bei Ruhr tagende Delegierten-Versammlung hätte besser besetzt sein können. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Kollegen Heilmeyer, wurde zunächst der im Quartier verstorbenen Mitglieder, zusammen 16 Kollegen, ehrend gedacht. Ferner ersuchte der Vorsitzende, eine Auswahl der Delegierten vorzunehmen. Die Zahl der Betriebsfunktionäre wäre ebenfalls zu ergänzen. Infolge der nun sich greifenden Arbeitslosigkeit sei besonders feiltebers der Betriebsratsmitglieder und Obmännerbar-

au zu achten, daß jede offene Stelle dem Verbandsbüro gemeldet werde.

Dem Geschäftsbericht wurde ein kurzer Überblick über die gegenwärtige Wirtschaftslage vorangeschickt und betont, daß seitens der Arbeiterschaft noch viel mehr getan werden müsse, um den Abbau der Preise durchzusetzen. Im Quartal seien 23 Lohnbewegungen mit gutem Erfolg durchgeführt worden. An Lohnzulagen wurde erreicht

für 108 Mitglieder	10 bis 20	Mark pro Woche
für 222 Mitglieder	21 bis 30	Mark pro Woche
für 1026 Mitglieder	31 bis 40	Mark pro Woche
für 4435 Mitglieder	41 bis 50	Mark pro Woche
für 484 Mitglieder	51 bis 60	Mark pro Woche
für 859 Mitglieder	61 bis 77	Mark pro Woche

Im Durchschnitt beträgt die erzielte Aufbesserung der Grundlöhne 47 Mark pro Woche und Kopf. Dazu treten dann vielfach noch erhebliche Verbesserungen der Altersverhältnisse. Das Gesamtergebnis kann als sehr befriedigend bezeichnet werden. Auf einen Abbau der Löhne, wie er in Arbeitgeberkreisen einzeln befürwortet wurde, wurde sich die Arbeiterschaft solange nicht einlassen, als nicht ein ganz bedeutender Abbau der Preise für die wichtigsten Bedarfsgegenstände und Lebensmittel eingetreten sei. Die Deutungsverbesserung hat keinen nennenswerten Verlust an Mitgliedern im Gefolge gehabt, immerhin hätte das agitatorische Ergebnis besser sein können. 718 Aufnahmen und 195 Verluste sind wenig befriedigende Zahlen in anbeacht der hier noch bestehenden Verhältnisse. Es mußten sich unbedingt mehr Rollen an der Agitation beteiligen.

Dem Rollenbericht sind folgende Zahlen entnommen: Gesamteinnahmen pro zweites Quartal 175 814,80 Mark, Ausgaben 74 551,84 Mark, an die Hauptkasse abzuführen 81 287,70 Mark, Sozialversicherungsbeitrag 22 062,08 Mark und Streifonds 46 000 Mark. Es wurde betont, daß die Ausgaben für Entlastung der Beiträge und besonders für Unterhaltungen eine starke Steigerung aufwiesen. Infolge von Beitragsrückständen lasse der Markenbuchschnitt mit 11,5 zu wünschen übrig, es müsse allgemein, auch bei den Abrechnungen, noch mehr auf Pünktlichkeit gesehen werden.

In der folgenden regen Aussprache wurde zunächst in Anregung gebracht, wieder Statistik über die Aufnahme in der Welle zu führen, daß die eifrigen Agitatoren ausgezeichnet werden könnten. Das soll geschehen. Die Revisionen berichteten über gewissenhafte Kassensführung. Von der Bahnhofsstelle Osterfeld wurde eine allgemeine Hausagitation für den Monat August beantragt. Der Antrag wurde einstimmig genehmigt mit der Änderung, daß August oder September gesetzt wurde. Während dieser Zeit ist also jede Bahnhofsstelle verpflichtet worden, eine besondere Hausagitation vorzunehmen.

Kollege Bauer hielt dann einen sehr interessanten Vortrag über die Haltung unseres Verbandes zu wichtigen Tagesfragen, wobei er besonders das Abkommen in Spa behandelte. Wenn das Abkommen gegenüber dem Lebensvertrage einige Erleichterungen bringe, so sei doch mit aller Klarheit zu betonen, daß von Gerechtigkeit noch lange nicht die Rede sein könne. Da aber auf jeden unserer Gegner, besonders noch in Frankreich der Militarismus vorherrsche, so habe eine Volkervereinigung nicht Platz greifen können. Die deutsche Arbeiterschaft richte ihre Blicke daher auf die Arbeiter der Welt, besonders sei die Aufgabe der französischen und englischen Kollegen, eine Wendung in der Haltung ihrer Regierungen herbeizuführen. Neben dem Kampf auf die Selbstverwaltungskörper, die Haltung unserer Gegner von links und unsere Aufgaben in der Agitation und Aufklärungsarbeit zu sprechen. Der Vortrag fand reichlich Beifall. Mit Dankesworten an den Redner und die Teilnehmer wurde die Tagung geschlossen.

✱

Bremen. (Error.) Bei unserem Bezirksleiter, dem Kollegen Dopler, ging folgender Brief ein, der so für sich spricht, daß wir ihm nichts mehr hinzuzufügen haben:

Wapenburg, den 30. Juli 1920.

Wertes Kollege!

Muß Dir leider die betrübende Mitteilung machen, daß es mir absolut nicht mehr möglich ist, mich noch ferner hier zu behaupten. Die roten schlagen jetzt eine andere Taktik mir gegenüber ein. In einer Versammlung haben die beschlossenen, mich fernerhin nicht mehr als Kollegen zu betrachten und zu behandeln. Die Behandlung ist auch demgemäß.

Daß sie nicht mit mir sprechen, da ich mich noch darüber hinweg; aber mein Werkzeug verweigert mir unter den Händen, so daß ich, wenn ich nicht brotlos werden will, ich nicht mehr anders kann.

Lieber Dopler! Du kannst mir glauben, leicht wird mir dieser Schritt nicht. Aber ich denke, es ist noch nicht aller Tage Abend, die Zeiten ändern sich, können sich bald ändern. Deswegen darfst Du sicher sein, daß ich im eigentlichen Sinne nie rot werde. Meine Überzeugung wird stets die Richtung sein, der ich jahrelang angehört habe. Ich hoffe bestimmt, daß ich in nicht zu ferner Zeit wieder Mitglied unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes sein werde. Welche Arbeit haben die mit mir nicht gehabt, daß es überhaupt so weit kommen konnte, dafür sage ich die Wapenburger Kollegen an, hätten die etwas mehr Rücksicht beiseite und hätten mich unterstützt, so hätte sich die Situation mit einem Schlag geändert.

Um noch in etwa eine Verbindung mit unserem Metallarbeiterverband aufrecht zu erhalten, will ich beim Verlage auf das Verbandsorgan abonnieren.

Selbständige, unverheiratete

Gürtler

für Beleuchtungskörper, seine Metallwaren, gesucht. Perfekt im Hart- und Weichlöten.

Metallwerke, Benzinger G. m. b. H., Sülzerstein-Rhein.

Gesucht werden für dauernd selbständige, erfahrene

Horizontal-Bohrer

für schwere Maschinen (Gasmassch., Walzwerke). Wohnung vorhanden. Angebote mit Angabe der bisher. Tätigkeit an

Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.-G., Duisburg-Wanheim, Abt. Wm.

Tüchtiger gelernter Schweisser

für das Abbrennen und Schweißen dünnwandiger Stahlformgußstücke

per sofort gesucht.

Angebote u. H 10 an die Expedition ds. Blattes erbeten.